

## Recht haben und Recht bekommen Teil 1

Das Wort am Sonntag von Olaf Thomas Opelt 21.09.2025

Hallo Deutsche, Leser und Nichtleser,

Recht haben und Recht bekommen, im Großen gesehen zum ersten die Koalition der Willigen und zum zweiten die Schurkenstaaten, die von Autokraten geführt werden.

Recht haben, weil die ersten die Stärke besitzen ihr Recht durchzusetzen. Die zweiten jedoch als Schurkenstaaten bezeichnet, sich nicht erwehren konnten, weil ihnen die Stärke gefehlt hat. Die Stärke, die sich die Koalition der Willigen über die Macht des Geldes erbeuteten und die Schurkenstaaten dazu verurteilt waren, ihre wertschöpfende Arbeit auszuliefern, auf dass die Macht des Geldes noch stärker würde.

Die Koalition der Willigen, die ihr Recht in einer regelbasierenden Ordnung festgeschrieben haben und um den Schurkenstaaten den Schleier vor Augen ziehen zu können, die Charta der Vereinten Nationen über die [Atlantikcharta](#) vorsetzten, weil sie sich bewusst waren mit ihrer Macht über das Geld die Charta nach Belieben verletzen und gar brechen zu können. Die Koalition der Willigen von den ganz Starken geführt von den Auserwählten der Auserwählten, den heimatlosen Zionisten, diese in oberster Liga organisiert im [Komitee der 300](#) und dieses wiederum beherrscht durch die Rothschild -& Rockefeller Clans.

Die Schurkenstaaten allemal je nach dem sie der Koalition der Willigen zu widersprechen wagen, immer wieder neu geordnet und wiederum allemal der Oberschurke als Hitler bezeichnet. Hitler, ein im Geiste erbärmlicher faschistischer Verbrecher, der nicht begriffen hat, dass er zur Unterwerfung der Schurkenstaaten benutzt wurde.

Namensgeber für den späteren irakischen Saddam und den libyschen Gaddafi, je nachdem, wie es sich gerade für die Willigen am Besten schickte. Saddam genauso [gezüchtet](#) wie Hitler und sich dabei nicht zu dumm war, das eigene irakische Volk insbesondere den Kurden, das [Leben zu nehmen](#) und der breiten Masse des Volks das Leben [durch die Willigen nehmen ließ](#). Bei Gaddafi sah das etwas anders aus. Dieser hat seinem Volk und anderen afrikanischen Völkern das [gegeben](#), was ihnen zusteht, zum einen die Gewinne aus dem Öl, zum anderen Wasser, um die Wüste [ergrünen zu lassen](#). Er hat also für das Wohl des eigenen Volks gesorgt und musste deswegen durch die Koalition der Willigen als Schurke als Autokrat enttarnt werden, um ihn von seinem bösen Tun den Auserwählten der Auserwählten, die sich als Herren der Welt erklären, den Profit zu entziehen, zu schützen. Ja man schützt den Autokraten davor nicht dem Nutzen der selbsternannten Herren zu dienen und wenn es sein muss, in dem man ihn aus dem Leben schafft.

Nun haben aber die Schurkenstaaten wieder an der Führungsspitze gewechselt. Führend nun die Russische Föderation, die von ihren Menschen wieder liebevoll Russland genannt wird und die seit Jahrzehnten Wladimir Wladimirowitsch Putin zu ihrem Führer küren, also ein böser Autokrat in den Augen des Westens. Führend dazu die Volksrepublik China, deren Kommunisten keinen Imperialismus anstreben, sondern **für** ihr Volk herrschen und seit ca. 1983 unter ihrem Präsidenten [Li Xiannian](#) auf dem Weg zum [Sozialismus chinesischer Art](#) sind. Sozialismus, die Gesellschaftsordnung der Volksherrschaft. In dieser Riege die Islamische Republik Iran, der man einst Saddam auf den Hals schickte, sich aber das Volk vereint gegen den Feind nicht unterwerfen ließ, bis dato den Sanktionen der Koalition der Willigen widerstand und in Zusammenarbeit mit Russland und China den Nutzen der selbsternannten Herren der Welt widerspricht. Und als viertes Mitglied in dieser Führungsriege möchte ich die Demokratische Volksrepublik Nordkorea einbeziehen, deren Führer inzwischen begriffen hat, dass er Vernunft annehmen muss, um im Verbund mit den anderen der Unterwerfung durch die selbsternannten Herren zu entgehen.

Vernunft, das Zauberwort, das begreifen lässt, dass eine regelbasierende Ordnung, die der Charta

der Vereinten Nationen widerspricht, nicht dem Wohl der Menschheit dient. Vernunft, die begreifen lässt, dass nur wenn dem Wohl der gesamten Menschheit gedient ist, wahrhafter Frieden auf unserem [blauen Planeten](#) herrschen kann und nicht der Frieden eines Friedhofs. [Vernunft](#), die den menschlichen Verstand begreifen lässt, dass nicht die Freiheit der Natur unter den Menschen herrschen darf, sondern die Freiheit, die durch die Vernunft begrenzt ist, so dass dem [kategorischen Imperativ](#) Rechnung getragen wird, so dass auf Augenhöhe zum gegenseitigen Vorteil gehandelt wird, auf dass das verbindliche Völkerrecht zum Tragen kommt gegen die regelbasierende Ordnung der selbsternannten Herren der Welt, die nichts weiter ist als Volksbeherrschung. Volksbeherrschung, die im sog. Westen missbräuchlich als Demokratie bezeichnet wird. Bereits John Locke (1632-1704) kritisierte den Missbrauch von Begriffen in seiner Arbeit „[Versuch über den menschlichen Verstand](#)“

Dem Problem Begriff schenkte auch Immanuel Kant in seiner „[Kritik der reinen Vernunft](#)“ ausführlich Bedeutung. Was aber ist, wenn nach wie vor der Begriffsmissbrauch vom sog. Westen der Koalition der Willigen zelebriert wird und dies in aufdiktierte Offensichtlichkeit eingeht, dann liegt es an den Menschen, die trotz ihres Verstandes, sprich Wissen gepaart mit dem Können es anzuwenden, nicht bereit sind selbstbewusst und eigenverantwortlich weiter darüber nachzudenken, was denn tatsächlich und nicht nur [offensichtlich](#) ist.

Wollen wir darüber [Tacheles](#), also klare Worte rücksichtslos und offen reden.

Na gut rücksichtslos, das entspricht wohl dann doch nicht dem edlen Handeln der Vernunft. Also nehme ich das rücksichtslos zurück und benenne es rotzig querulant. Aber klare offene Worte braucht es, denn ohne Klarheit gibt es keine Wahrheit und diese muss offengelegt werden. [Tacheles](#) ein Nachrichtenportal von Herrn Thomas Röper, Betreiber des Antispiegels, dem ich zuschreibe, dass er mit seinen Texten meistens aus der russischen Presse, die er uns ins Deutsche übersetzt, Perlen fischt, wobei manch eine schwarze Perle dabei ist und diese auf die Schnur der Wahrheit reiht. Und ja, auch seine persönlichen Einschätzungen in bezug auf die postsowjetischen Staaten, sehe zumindest ich nach seinem journalistischen Verständnis wahrheitsgetreu, denn die Aufgabe eines wahren Journalisten ist, eben wahrheitsgetreu und dazu noch [neutral](#) zu berichten. Wobei neutral nicht bedeuten darf das klare Aufzeigen verschiedener Handlungsweisen zu unterdrücken. Es gehört nun einmal zur Vernunft, den Faschisten zu entlarven, anders aber jenen, der den Faschismus mit seiner Berichterstattung bekämpft zu stärken. Genau das machen Frau Alina Lipp und Herr Thomas Röper, die mit dem 17. Sanktionspaket des Neuen Reichs/EU im Mai 2025 „beglückt“ wurden, worüber es in einer Gesprächsrunde geht, die auf Tacheles veröffentlicht wurde. Das 17. Inzwischen das 18. Und jetzt sogar das [19. Paket](#) in Vorbereitung und mit jedem Sanktionspaket hat sich das Neue Reich selbst ins Knie geschossen und bringt den Globalen Süden weiter gegen sich auf, weil es diesem immer offensichtlicher wird, welch einen dichten Schleier der Maya er von der Koalition der Willigen vor Augen gezogen bekam. Jedes einzelne Sanktionspaket des NR hat den Russen sehr wohl geschadet, sie aber nicht in die Knie gezwungen, sondern weiter gestärkt, weil es ihnen bewusst wurde, dass auf die Willigen des Westens kein Verlass ist und sie deswegen selbstbewusst und eigenverantwortlich handeln müssen, was sie unter Putin und den Seinen vorzüglich gelernt haben.

Frau Lipp und Herr Röper leben seit langem in Russland und werden nun durch das Neue Reich (NR) in ihren privaten Rechten schwer verletzt. Es wird ihnen die Reisefreiheit verwehrt, es wird ihnen ihr Vermögen geraubt, zumindest das, auf das der Westen Zugriff hat.

Aber schauen wir in das [Gespräch](#) hinein, um grundhafter zu erfahren, vor allem wie sich Herr Röper und im zuge dessen auch Frau Lipp dagegen wehren.

Die Sanktionen des NR bedarf Gegenwehr im Bereich des NR und somit Unterstützung durch deutsche Rechtsanwälte.

Der Gesprächsführer Robert Stein verlautet, dass zwei EU-Bürger genau Frau Lipp und Herr Röper,

mit auf der 17. Sanktionsliste stehen. EU-Bürger würde bedeuten, dass diese zwei Journalisten Angehörige des neuen Reichs wären, worauf sich aber die Angehörigkeit zum neuen Reich bezieht, ist mitnichten zu erklären. Nehmen wir den Lissabon Vertrag als Grundlage für das NR. In diesem wird mitnichten die Angehörigkeit der einzelnen Menschen zum neuen Reich erklärt. Außerdem wurde dieser Vertrag nur von den Menschen in Irland und das erst in einer [zweiten hochnotpeinlichen Befragung](#) anerkannt, womit dieser Vertrag mitnichten eine Verfassung ist, die von der Mehrheit der Menschen bestimmt wurde und deswegen dieser Vertrag nach verbindlichem Völkerrecht, hier die Wiener Vertragsrechtskonvention Art. 53, null und nichtig ist. Die Menschen sind also nach wie vor Bürger ihrer Staaten und die Deutschen Bürger des Staates Deutsches Reich, der nach wie vor mangels Organisation (fehlende Verfassung) handlungsunfähig ist, wie es das Grundgesetzgericht (3 x G), selbst nennt es sich Bundesverfassungsgericht, mit seiner Entscheidung [2 BvF1/73](#) 1973 festgestellt hat.

So sind also Frau Lipp und Herr Röper mitnichten EU-Bürger, sondern Bürger nach dem [positiven Recht](#) des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes (RuStAG) aus dem Jahr 1913. Das RuStAG, das bis neun Jahre nach der vermaledeiten Wende, also bis [1999](#) gegolten hat und erst dann mit einer willkürlichen Regel namens Staatsangehörigkeitsgesetz ersetzt wurde. Eine willkürliche Regel, die noch nicht einmal einen Geltungsbereich enthält, in dem es denn Gültigkeit hätte. Willkürliche Regel auch weil sie dem [Rechtsstaatsprinzip](#) widerspricht, sie also nicht auf einer rechtsgültigen verfassungsgemäßen Grundlage beruht, weil das Grundgesetz **für die** Bundesrepublik Deutschland, von DR. jur. Friedrich Giese in seinem Bonner Kommentar von 1949 besser als Bundesrepublik **in** Deutschland (BRiD) bezeichnet, während der 2+4 Verhandlungen im Jahr 1990 durch die drei Westbesatzungsmächte den [Art. 23 alter Fassung, der den Geltungsbereich enthielt, aufgehoben bekam](#). Seitdem hat das GG nirgendwo mehr Rechtsgültigkeit, auch wenn diese in der Präambel/Vorwort zum GG vorgetäuscht wird. Denn die dort enthaltenen [sieben feingesponnenen Lügen](#), die zu einem starken Seil gedrillt wurden, hat Herr Dietrich Weide aus Hamburg bereits im Jahr 2005 in das Rampenlicht der Offensichtlichkeit geholt.

Keinerlei Gesetz nach der Beendigung der 2+4 Verhandlungen, also seit dem 18.7.1990, hat seit dem einen rechtsstaatlichen Hintergrund auf dem Boden des deutschen Staates und verkommt somit mit Erlass zur willkürlichen Regel. Willkür, die durch die Willigen der westlichen Koalition geführt wird, um ihre vasallenhafte Kollaboration zu den selbsternannten Herren der Welt aufrechtzuerhalten, weil sie dadurch Schutz vor jeglicher Rechenschaft, die die Völker einfordern könnten, verlieren würden.

EU-Bürger, ein Begriff, der dafür sorgt, dass die Menschen nicht aus dem geistigen Morast herauskommen. Aber leider geht es so weiter, denn bereits in der Ansprache bezeichnet Herr Stein die beiden Rechtsanwälte Frau Dr. Verena Wester und Herrn Dr. Christian Knoche als Gründungsmitglieder der „Anwälte für Aufklärung“, die zwar versuchen für die zwei Sanktionierten, Frau Lipp und Herrn Röper Recht zu bekommen, dieser Versuch aber irgendwo im geistigen Morast steckenbleiben wird, weil sie nicht aufklären, sondern verklären. Sie verwischen das Recht mit Unrecht und das sogar als promovierte Juristen. Frau Wester zur vermaledeiten Wende gerade mal an der Grenze zur Jugendlichen und Herr Knoche bereits 30 Jahre alt. Herr Knoche hat also bereits vor der Wende sein Jurastudium abgelegt, so vermeine ich jedenfalls, war erst bei den Grünen und um dann über die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) zu den Linken zu geraten, die ja gerade vor kurzem in NRW wieder etwas Auftrieb bekommen haben. Frau Wester hat ihr Jura-Studium erst im zweiten Bildungsweg angegangen, was sehr wohl auf Fleiß dieser Frau hindeutet. Was nutzt aber alles Wollen und Fleiß, wenn man doch wie auf der Seite der Aufklärungsanwälte [zu erfahren](#) ist, dass sie für eine demokratische Grundordnung eintreten, dabei aber die Grundordnung des Grundgesetzes meinen. Zwei promovierte Rechtsanwälte, der eine davon bereits 30 Jahre zur vermaledeiten Wende und keiner weiß etwas vom dem [erstunken und erlogenen verfassungsgebenden Kraftakt](#) des deutschen Volks, der 1990 zum zweiten Mal in der Präambel zum GG Eingang fand? Das ist schon

bemerkungswürdig, umso mehr, dass sich hier hinter dem Begriff demokratische Grundordnung die volksbeherrschende Grundordnung verbirgt. Hier ist wieder einmal das grundhafte Versagen von Menschen, die eigentlich Gutes wollen zu ersehen, weil sie für das Gute nicht tief genug gehen, um zu erkennen, dass sie eigentlich für das Schlechte wertvolle Arbeit verschwenden.

Aber schauen wir weiter in das Gespräch. Die Frage, auf welche Rechtsgrundlage das NR/EU solche Sanktionen überhaupt verhängen kann, antwortet Frau Wester, dass es der Art. 29 des Vertrages über die Europäische Union wäre. darauf wäre die EU ermächtigt worden Sanktionspakete zu verabschieden. Hier kommt mir doch gleich wieder Prof. Mausfeld als Quergedanke, der uns rät, [Pakete auszupacken](#), um zu erkennen, was darin ist. Was meint Frau Wester in bezug auf den EU Vertrag? Ist es der Maastricht Vertrag oder der Lissabon Vertrag? Im eigentlichen hat man bereits 1992 mit dem Maastricht Vertrag versucht das NR/EU zu schaffen, wobei aber das [niederländische](#) und das [französische Volk](#) Nein dazu sagten und dieser Vertrag in der Bundeslade verschwand, um dann als Lissabon Vertrag fast unverändert wieder aufzutauchen und über diesen habe ich oben bereits ausgeführt. Null und nichtig also dieser Art. 29 und schon gleich ganz und gar nichtig, weil die Sanktionen der UN-Charta widersprechen.

Dann verheddert sich Frau Wester in diesem ganzen Vertrags- und Gesetzeswirrwarr.

Der § 215 des Vertrages über die Ausführung des Gesetzes gebe dem Ganzen noch eine weitere Rechtsgrundlage. Ich meine, hier müsste es eigentlich heißen – der § 215 des Gesetzes über die Ausführung des Vertrages, aber so leicht kommt eine promovierte Rechtsanwältin ins rechtliche Stolpern, obwohl sie sich und das bezweifle ich nicht, sich mit der Sache grundhaft beschäftigt hat, aber eben nicht grundhaft genug. Sie hat das Paket nicht ausgepackt oder besser nach Arthur Schopenhauer die [Vierfache Wurzel des Satzes vom zureichenden Grunde](#) nicht gelöst, was in meiner rotzig querulanten Art und Weise bedeutet, dass sie nur am Grind der eiternden Wunde gepopelt hat, nicht aber den tiefsitzenden Stachel gezogen, somit die Wunde nicht wirklich ausheilen kann, und das Eiter weiter über das Land wabert.

Es geht gleich weiter, der Europäische Rat würde die Sanktionen und anderes nicht einfach von sich aus erlassen, sondern er wäre über das Grundgesetz nach [Art. 23 neue Fassung](#) ermächtigt dazu. Um Himmelswillen Frau Wester, um Herrn Knoche nicht dabei zu vergessen, der Art. 23 n. F. wurde 1992 auf Betreiben der SPD in das rechtsungültige GG gepresst. Denn wie kann ein Volk ohne seine Zustimmung sein Selbstbestimmungsrecht, seine Souveränität an eine höhere Stelle abgeben? Das wäre nur dann möglich, wenn es faul und feige in bequemer Unmündigkeit verhangen bleiben möchte, um es [nach Kant](#) mit meinen Worten auszudrücken.

Bequeme Unmündigkeit, die unversehens dazu führte, dass 1990 in einem von den selbsternannten Herren der Welt und ihren führenden Vasallen geschaffenen Chaos einerseits jene, die vom Marshall Plan geschaffenen Wirtschaftswunder satt waren und den anderen, die nach dem satt lechzten, nach D-Mark und Reisefreiheit schrien, nicht erkannt wurde, dass sie nach wie vor in Unterwerfung ihres Willens weiterleben sollten. Sie haben also zu wollen, was sie sollen. Das wurde 1992 mit dem Subsidiaritätsprinzip des Art. 23 n. F. GG festgezurr, obwohl dieser Art. mit besonderem Druck der SPD in ein rechtsungültiges GG eingepresst wurde. Was bedeutet das Subsidiaritätsprinzip? Einfach gesagt, in der Volksbeherrschung das was von oben angeordnet wird, ist von der Zwischenstufe nach unten durchzusetzen. Deswegen steht im [Art. 23 n. F.](#) auch: “Der Bund kann hierzu durch Gesetz mit Zustimmung des Bundesrates Hoheitsrechte übertragen.“

Dass dabei von Rechtsstaatlichkeit die Rede ist, und mitnichten von einem Volksentscheid des deutschen Volks, dürfte wohl klar sein. Und schauen wir doch noch einmal in die [glaubwürdige Kirche](#), die dieses Prinzip etwas tiefgründiger erklärt. Es ist also der einzelne Mensch für sein Wohlergehen in der Pflicht. Wenn er aber diese Pflicht nicht erfüllen kann, so hat er Hilfe zur Selbsthilfe zu bekommen. Ähnlich kann man das bei der [freien Wohlfahrtsgemeinschaft](#) lesen, die

aber oh weh ebenfalls eine demokratische Grundordnung auf Grundlage eines rechtsungültigen GG wie eine Fälschung voranführt. Ist hier nicht deutlich zu ersehen, dass es eine bequeme Unmündigkeit braucht, um die Tatsache des fehlenden verfassungsgebenden Kraftakts des deutschen Volks in das dunkle Nichts der Kulissen zu bringen? So kann also diesen unmündigen deutschen Michel durch die Obrigkeit die Hilfe gewährt werden auferlegte Pflichten zu erfüllen, die eigentlich gar nicht seinem Willen entsprechen. Wobei wir hier wieder die Worte Lew Tolstoi aus „Anna Karenina“ als Quergedanke in den Sinn kommen, „...*sie sind nicht gewillt ihre Pflichten zu erfüllen, die ihnen ihre Rechte aufgeben.*“.

Des Aufklärers Pflicht ist es, zumindest nach Kant, tiefgründig auf Begriffe einzugehen, um zu verstehen, was diese im Eigentlichen bedeuten. Das Festgestellte, das Bewiesene, das Transzendente in den Vordergrund zu holen, um dem Empirischen, dem Gefühlten die richtige Unterstützung zu geben. Das würde für den Gläubigen bedeuten, reinen Glauben nur mit reinem Wissen/Wahrheit auszutauschen, niemals aber mit Aberglauben, mit dem von der Obrigkeit Aufgedienten. Das bedeutet, dass der einzelne Mensch selbstbewusst und eigenverantwortlich denken muss, damit die oberste Menschenpflicht erfüllen, um das oberste Menschenrecht, die Würde des Menschen schützen zu können.

Das aber ist den promovierten Rechtsanwälten, die man durchaus als Rechtswissenschaftler bezeichnen kann, noch nicht eingegangen. Sie verhalten sich deswegen wie eine spielende Katze, die rennend versucht ihren Schwanz zu erwischen. Wenn sich die Katze aber beruhigt hinlegt ist es ihr möglich den Schwanz von der Wurzel bis zu Spitze zu erreichen. Deswegen auch immer wieder der Vergleich mit dem Hamsterrad aus dem die Menschen nicht herauskommen, weil sie sich vom Chaos treiben lassen. Chaos, dass den russischen Angriffskrieg propagiert, obwohl doch die Russen nur einen Verteidigungskampf gegen den vom Westen aufgezwungenen Bruderkrieg führen.

Herr Knoche führt drei hauptsächliche Vorwürfe, die ihren Mandanten Frau Lipp und Herrn Röper gemacht werden, auf.

Zum einen [systematische](#) Fehlinformationen. Die Teilnahme von Herrn Röper an einer Volksabstimmung im Donbass im Jahr 2022, bei der er als Wahlbeobachter anwesend war und der dritte Vorwurf, er habe an einem UN-Treffen teilgenommen.

Gehen wir es langsam an. Herr Röper und in dessen auch Frau Lipp würden planvoll, beharrlich und standhaft Fehlinformationen verbreiten, so lautet es, wenn man den Begriff *systematisch* ins Deutsche holt. Habe ich aber oben nicht bereits die wahrhafte journalistische Tätigkeit von Herrn Röper, also wahrhaft und neutral zu berichten, bescheinigt? Querdenken, wer bezichtigt diese Fehlinformation, die Vasallen der BRiD, die dieses lt. Herrn Röper an die Vasallen des NR/EU gemeldet haben, was wiederum glaubhaft ist, wenn man meinen obigen Ausführungen folgt und den fehlgenutzten Begriff des Subsidiaritätsprinzips begreift. Es wird also jener, der unten nicht dem entspricht, was die Obigen wollen, [denunziert](#) um ihn zur [Räson](#) zu bringen. Damit potenziert sich die Unzulässigkeit, da das NR keine Behörde ist, sondern eine völkerrechtswidrige Vereinigung gegen das Wohl der Menschen und die beiden Unwilligen nach Meinung der Vasallen zur Einsicht gebracht werden müssten, eine Einsicht, die aber jeglicher Vernunft widersprechen würde, weil die von den Vasallen gewünschte Einsicht das Unterschlagen der Wahrheit wäre.

Wobei wir gleich zum zweiten Vorwurf kommen, das Unterschlagen der Wahrheit, was die Mehrheit der Menschen im Donbass wollen, ein wahrhaft friedliches Leben und sich deswegen seit 2014 gegen die Kiewer Putschregierung wehren, die ihnen Anfang des Jahres 2022 den Dolch ins Herz rammen wollte.

Wobei wir schon zum dritten kommen, das Berichten Herrn Röpers über das Handeln der Kiewer Putschregierung vor einem Forum der Vereinten Nationen.

Also insgesamt eine völlig verdammungswürdige Handlungsweise dieser beiden Menschen gegen

den Nutzen der selbsternannten Herren der Welt.

Wenn Herr Röper im Zuge dessen auf die Frage kommt, wer festlegt, was Fehlinformation wäre und was nicht, und dabei auf das Wahrheitsministerium kommt, das George Orwell in seinem „1984“ beschrieb, dann ist er doch auf der richtigen Spur, sprich Erkenntnis. Wobei die Beweisführung fehlt, um die Feststellung festzuzurren. Die Beweisführung, die sich aber nur ergeben kann, wenn man der Ursache grundhaft auf den Leib rückt.

Ist es das, was Herr Röper mit der Anführung seiner Rechte aus der Allgemeinen Menschenrechtserklärung aus dem Jahr 1948 der Vereinten Nationen meint und das in Bezug auf die Meinungsfreiheit? Ich meine, ein guter Hinweis auf diese Erklärung, an der Herr Stefan Hessel mitgearbeitet hat und der in seinem hohen Alter uns ans Herz gelegt hat „[Empört Euch!](#)“

Nun ja, sage ich da Herr Röper, auf alle Fälle in die richtige Richtung gedacht, aber leider nicht weit genug, denn allgemein bzw. universell bedeutet, dass diese Erklärung keine Verbindlichkeit in sich trägt. Verbindlich wurden diese Menschenrechte aber mit den zwei [Menschen-Rechtspakten](#) im Zuge des Grundlagenvertrags zwischen der DDR und der BRD 1973 für diese beiden staatsrechtlichen Verwaltungen. Für die Vereinten Nationen wurden sie [verbindlich, nach dem 1976](#) die entsprechende Mehrheit von Staaten diesen Menschenrechten die Verbindlichkeit mit ihrer Zustimmung gaben. Wenn nun die Grundrechte des Art. 1-19 aus dem Grundgesetz, hier insbesondere der Art. 5 von Frau Wester angeführt werden, dann war das sehr wohl bis zum 17.7.1990 angebracht. Aber mit dem Rechtsungültigwerden des GG und der seitdem verfälschten Ausführung desselbigen gibt es keine völkerrechtlich verbindliche Festlegung auf dieser Grundlage, sondern es ist hier bis das deutsche Volk sich eine wahrhafte und von ihm tatsächlich geschaffene Verfassung gegeben hat, auf die beiden Menschenrechtspakte auszuweichen, die dann später sehr wohl als verbindliches Völkerrecht in einer wahrhaften deutschen Verfassung einzubeziehen sind.

Oben habe ich den Vorwurf des Verklärens bzw. Verwischens von Recht durch die beiden Anwälte Frau Wester und Herrn Knoche verlauten lassen.

In meinen Worten habe ich den Beweis dazu erbracht, indem ich aufzeige, dass das deutsche Volk noch zu keiner Zeit einen verfassungsgebenden Kraftakt bewältigt hat und schon gleich keinen, mit dem es sich das GG gegeben habe, das nichts weiter als das Organisationsstatut einer Modalität der Fremdherrschaft ist, wie es [Carlo Schmid in seiner Rede vor dem Parlamentarischen Rat](#) aufzeigte.

Promovierte Juristen sind diese beiden Rechtsanwälte, sind aber nicht bereit aus dem Hamsterrad des Chaos zu entkommen. Sie sind nach der bundesdeutschen Rechtsanwaltsordnung, insbesondere des § 33 dem Richter und der Anwaltskammer verpflichtet, eine harte Vorschrift, die ihres gleichen für den Klienten verpflichtet zu sein in dieser Anwaltsordnung nicht aufzufinden ist. Wie bitte also wollen diese beiden Anwälte Frau Lipp und Herrn Röper wahrhaft vertreten ohne sich den Vorwurf des Klientenverrats [§ 356 StGB](#) schuldig zu machen? Eine Situation, die Verwirrung bringt, denn die Gegenpartei von Frau Lipp und Herrn Röper ist die rechtsstaatswidrige Verwaltung der BRiD, die 1990 zu einer US-Kolonie/USK verkommen ist bzw. nach Art. 23 n. F. GG das völkerrechtswidrige neue Reich/EU. Eine Zwickmühle, weil man nach der Regel der Bundesanwaltsordnung durch die rechtsstaatswidrige Verwaltung zugelassen wurde und wenn man die Zulassung verliert, weil man sich für rechtsstaatliche Zustände einsetzt, ist man verdammt sein wirtschaftliches Leben aufs Spiel zu setzen. Herr Röper berichtet im Gespräch, dass ihm der Zugriff auf sein Vermögen im neuen Reich gesperrt wurde, sprich geraubt und man deswegen zusammen mit den Rechtsanwälten ein Treuhandkonto eingerichtet hat, um Spenden für die Kosten der Verteidigung annehmen und sammeln zu können. Ein wahrhaft guter Gedanke um gegen die Rechtsstaatswidrigkeit vorzugehen! Was aber ist geschehen? Die BRiD gar nicht dumm, dreht sich um und sperrt auch dieses Konto, wie man es bei Herrn Florian Warweg [erfahren kann](#) Ich hole aus der Pressekonferenz die letzte Antwort des zuständigen Leuts der BRiD Verwaltung zu diesem Thema unmittelbar herüber:

### „Giese (AA)

*Da bin ich jetzt schon der Nächste in der Reihe, der fast alle Prämissen Ihrer Frage zurückweisen muss. Mutmaßlich falsche Angaben macht die Bundesregierung sowieso niemals. Im Übrigen gilt das, was ich zu dem vorherigen Fall gesagt habe. Da gibt es natürlich Rechtsmittel. Es gibt sowohl Rechtsmittel gegen die Sanktionierung selbst als auch gegen verschiedene Auswirkungen davon. Auch da gibt es humanitäre Ausnahmen, um dieses Rechtsmittel zu bestreiten. Soweit ich weiß, gibt es da auch eine rechtliche Vertretung für den Herrn. Insofern sollte das alles klargen. Im Übrigen haben wir darüber hier schon sehr, sehr ausführlich gesprochen.“*

Mutmaßlich falsche Angaben macht das Regime sowieso nicht. Ist es vermutlich, dass es keine rechtsstaatliche Ordnung auf dem Boden des heutigen Restkörper des deutschen Staates gibt? Nein, es ist eine Tatsache und diese bewiesen aufgrund des fehlenden verfassungsgebenden Kraftakts des deutschen Volks. Was das unverhohlene Lügen von Leut Giese beweist, da deren ganzes Tun auf Lug und Trug grundiert, um damit dann mit der Frechheit gekrönt zu werden, dass es ja Rechtsmittel dagegen gäbe. Rechtsmittel, die man Herrn Röper aber sperrt, indem man deren Bezahlung unmöglich macht.

Rechtsmittel, wie man dem rotzigen Querulanten Opelt sperrt, indem man seine Schreiben an das 3 x G von der [Pförtnererei beantworten lässt](#) bzw. [verwirft](#), indem man keine Antwort auf die Frage gibt, vom höchsten Gericht dem 3 x g bis hinunter in die kleinste staubige Dienststube, wann denn der verfassungsgebende Kraftakt des deutschen Volks stattgefunden hat und in welchen Bundesanalen (BGBl.) dieser denn festgehalten sei.

Eine Antwort, die der Verwaltung scherfällt, da der Kraftakt nicht stattgefunden hat, die Anwälte aber diese Frage nicht stellen, weil sie in der Zwickmühle stehen, entweder dem Recht zu dienen und damit ihren wirtschaftlichen Hintergrund zu verlieren oder aber sich im Opportunismus dem rechtsstaatswidrigen Zwang zu beugen. Und so wie es aussieht, im Sinne ihrer Aufklärung werden sie sich wahrscheinlich beugen, was meinen Vorwurf der Verklärung des Verwischens beweist.

Die Allgemeine Menschenrechtserklärung, deren Inhalt erst mit dem Inkrafttreten der zwei Menschen Rechtspakte völkerrechtlich verbindlich wurde, steht 1948 neben einer genauso mächtigen Sache der Vereinten Nationen, die **Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes**. Diese Konvention gegen Völkermord wurde aber im zuge der Hitlerverbrechen unmittelbar durch die damaligen Vereinte Nationen rechtsverbindlich in Kraft gesetzt. Am 16.9.2025 wurde durch die unabhängige Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen festgestellt, dass der Straftatbestand der Konvention durch das zionistische Regime Israels begründet eingetreten ist. Welch eine Boshaftigkeit des Vorsitzenden der Kommission Frau Pillay in den Augen des zionistischen Regimes, weswegen die Zeitung, die den deutschen Michel bildet, [berichtet](#), dass dieser **umstrittene Bericht** ein **brutales** Urteil wäre und die USA Frau Pillay mit Sanktionen drohte, weswegen diese aufrechte 83 jährige Frau dann doch aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten ist.

Wie erleichternd gegenüber dem BILD Bericht dabei der Bericht des katholifarischen Vatikan News sich [ausnimmt](#), zeigt doch noch einmal verdeutlicht auf, wie dringend notwendig es ist, den deutschen Michel mit aufdiktierte Offensichtlichkeit in fauler, feiger und bequemer Unmündigkeit zu halten, um sich nicht an den zerfetzten Leibern palästinensischer Menschen durch US-amerikanische und deutsche Munition zu stören, um sich nicht an den Massen verdursteter und verhungelter Kinder der Palästinenser zu stören, um zu begreifen, dass es nur dem Terror der Hamas zu verdanken ist, dass das ZR, äh Israel genötigt ist sich zu verteidigen, ohne dass der deutsche Michel mitbekommt, dass man ja die Hamas durch das ZR [geschaffen](#) hat, da man die PLO teilen wollte, um deren starken Widerstand zu brechen, ohne dass dem Michel begreiflich wird, dass der Terror der Zionisten nicht erst [1948](#) gegen die Palästinenser begann. Sieh an, der von Trumpi zum „kleinen Fritz“ gemachte Black Rocker Com.Merz hat es begriffen und stellt sich aufrecht wie er nun einmal zum Nutzen der selbsternannten Herren zu stehen hat, vor den [Zentralrat](#)

[der Juden](#) und beteuert, dass Israel äh, das zionistische Regime, der weiteren Unterstützung der Deutschen sicher sein kann.

Man erfährt in diesem Bericht, dass dieser Zentralrat 1950 gegründet wurde. Man erfährt aber nicht, dass dessen erster Vorsitzende Herr Heinz Galinski war und mitnichten erfährt man, dass nach dem Ausscheiden von Heinz Galinski dieser Rat zum Sprachrohr des zionistischen Regime Israels wurde und das besonders unter der „[Schickse](#)“ namens Knobloch.

Wie tief ernst muss es dann der ehemalige Chef der Münchner Sicherheitskonferenz Leut Heusgen meinen, wenn er diesen Deutschen, die die Unterstützung dem ZR weiter zusichern, [bedroht sind](#) mit einer Strafanzeige des ISTGH rechnen zu müssen, die der Staat Nicaragua in Lauf gesetzt hat.

Oh du ach so in die bequeme Verblödung geschickte deutsche Michel, nur wenn dir etwas auf den Fuß fällt, bekommst du den Verdacht, dass dieser nur schmerzt, weil du keinen Helm aufhattest. Dein Helm, die Aluminium-verstärkte Schlafmütze, die jegliches geistige Licht von dir abhält, dich nicht aus dem dunklen Abendland lässt, aus dessen geistigen Dunkelheit du dich nur selbst mit bewusstem und eigenverantwortlichem Denken befreien kannst. Solltest du endlich den Aluhut von dir weisen, dann findest du bei [RT deutsch](#), [chinesische Staatszeitung](#), [chinesische Netzzeitung](#), [Amerika21](#), [Nachdenkseiten](#), [Overton-Magazin](#), [Antispiegel](#) und [IRNA](#) Unterstützung.

Olaf Thomas Opelt

[Staatsrechtlicher Bürger der DDR](#)

Reichs- und Staatsangehöriger

Mitglied im Bund Volk für Deutschland

[Bundvfd.de](#)